



Denkzettel

GdP



Informationsdienst der GdP-Bezirksgruppe Berlin Direktion 4 (Südwest)

Gegen moderne Sklaverei!

Zwangsverheiratungen und Ehrenmorde wirksam bekämpfen

Nummer

140/2015

24.11.2015

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Zwangsverheiratungen und Ehrenmorde müssen in Deutschland nach Auffassung der GdP-Bundesfrauengruppe wirksamer bekämpft werden. Anlässlich des „Internationalen Tages zur Beseitigung von Gewalt gegen Frauen“ am Mittwoch sei ein stärkeres staatliches und gesellschaftliches Engagement zur Bekämpfung dieser modernen Form der Sklaverei und eines archaischen Ehrverständnisses dringend notwendig, sagte die GdP-Bundesfrauenvorsitzende, Dagmar Hölzl. Zwangsheirat sei eine Menschenrechtsverletzung. „Polizeiliche Prävention kann hier wertvolle Aufklärungsarbeit leisten und auch Hilfe für die Opfer von Zwangsverheiratung bieten“, sagte Hölzl. Im Hinblick auf eine gelingende Integration von Zuwanderern sei es indes unabdingbar, die hierzulande grundgesetzlich gesicherte Gleichstellung von Frauen und Männern zu garantieren und

Verstöße mit Nachdruck zu verfolgen.



Sie vertreten die Bezirksgruppe Direktion 4 in der GdP-Frauengruppe Berlin:

Heike Gülle, Direktionssanitäterin

Doris Richter, A 47

Bildquelle: GdP



„Neben strafrechtlichen Maßnahmen werden auch institutionelle Initiativen benötigt, um die Zwangsehe nachhaltig zu verfolgen. Dazu gehört der Ausbau von Zufluchtsstätten, Weiterbildungsmaßnahmen für polizeiliche Sachbearbeiter, sowie für Sozialarbeiter und die Förderung weiterführender wissenschaftlicher Studien“, führte Elke Gündner-Ede vom GdP-Bundesvorstand, fort. Zudem müssten Abschnitte des Aufenthaltsbestimmungsrechts kritisch auf ihre Auswirkungen hinsichtlich der Zwangsehe hinterfragt werden. Vor allem die Vorgaben hinsichtlich der Ehedauer von ausländischen Opfern von Zwangsverheiratungen mit drei Jahren seien kontraproduktiv.

„Zwangsheirat ist eine besondere Form der häuslichen Gewalt. Hier muss die Forschung zu diesem Deliktbereich intensiviert, das Netzwerk enger geknüpft, die Vorgänge entbürokratisiert und somit beschleunigt werden. Durch religiöse Rituale zustande gekommenen Zwangsehen müssen zudem durch das Strafrecht sanktioniert werden“, forderten Hölzl und Gündner-Ede abschließend.

Mit freundlichen Grüßen

Der Bezirksgruppenvorstand

**Wertschätzung für
Sicherheit und Ordnung.**